Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV

Vom 15. Februar 1973 (Stand 1. Januar 2024)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 63 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984[1], *

beschliesst:[2]

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 * Zweck

1 Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Bundesgesetzgebung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie die über den Rahmen dieses Gesetzes hinausgehenden Leistungen. *

§ 1a * Heime (Art. 25a Abs. 1 ELV[3]) *

1 Als im bundesrechtlichen Sinne kantonal bewilligte und anerkannte Heime gelten: *

a. * die gemäss der kantonalen Sozialhilfegesetzgebung bewilligten bzw. generell anerkannten sowie für die Aufenthaltsdauer einer bestimmten Person anerkannten Heime;
b. * die gemäss dem Gesetz vom 29. September 2016[4] über die Behindertenhilfe (BHG) anerkannten Heime;
c. die auf den kantonalen Pflegeheimlisten aufgeführten Heime;
d. die aufgrund interkantonaler Vereinbarungen anerkannten Heime.

§ 2 * Persönliche Auslagen

1 Der Regierungsrat legt für Personen, die in Heimen oder Spitälern leben, die Höhe der Beiträge für persönliche Auslagen fest.

1) SGS 100
2) In der Volksabstimmung vom 20. Mai 1973 angenommen.
3) SR 831.301
4) SGS 853

§ 2a * Anrechenbare Kosten in Alters- und Pflegeheimen und in Spitälern

[1] Der Regierungsrat begrenzt für AHV-Beziehende, die in Alters- und Pflegeheimen oder in Spitälern leben und die vor Erreichen des AHV-Alters keine Ergänzungsleistungen bezogen haben, die anrechenbaren Heim- und Spitalkosten (Obergrenze). *

[2] Er orientiert sich dabei an den Taxen der Alters- und Pflegeheime gemäss Pflegeheimliste des Kantons Basel-Landschaft sowie der kantonalen Spitäler für Unterbringung und Betreuung sowie am Kostenanteil der versicherten Person für Pflegeleistungen. *

§ 2a^{bis} * Zusatzbeiträge

[1] An Personen, die in Alters- und Pflegeheimen oder in Spitälern leben und deren Taxen über der Obergrenze liegen, werden auf Gesuch hin Zusatzbeiträge im Umfang der durch die Obergrenze entstandenen Finanzierungslücke ausgerichtet. Vorbehalten bleibt § 2a^{quater}. *

[2] … *

§ 2a^{ter} * Zuständigkeit *

[1] … *

[2] Zuständig für die Finanzierung und Ausrichtung der Zusatzbeiträge ist diejenige Einwohnergemeinde, in welcher die Person vor dem Heim- oder Spitaleintritt ihren Wohnsitz hatte. Vorbehalten bleibt § 32 des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes. *

[3] … *

§ 2a^{quater} * Begrenzung

[1] Die Einwohnergemeinde kann per Reglement die Zusatzbeiträge begrenzen.

[2] Kann die Einwohnergemeinde einer Person innert zumutbarer Frist keinen Platz in einem Alters- und Pflegeheim anbieten, in welchem der begrenzte Zusatzbeitrag zur Finanzierung ausreicht, so sind die Begrenzungen unwirksam, und es gilt § 2a^{bis}.

[3] Keine Begrenzung ist gegenüber Personen zulässig, die sich aus medizinischen Gründen auf der Langzeitpflegeabteilung in einem Spital oder einer psychiatrischen Klinik im Kanton Basel-Landschaft aufhalten.

§ 2a^{quinquies} * Rückzahlung, Übergangsrecht

[1] Die Einwohnergemeinde kann per Reglement:

a. die Zusatzbeiträge als rückzahlbar erklären und die entsprechenden Details regeln;

b. Übergangsregelungen zu § 2a[quater] Abs. 1 sowie zu Bst. a für Personen vorsehen, die vor dem Inkrafttreten der Änderung vom 15. Juni 2017 in ein Alters- und Pflegeheim oder in ein Spital eingetreten sind.

[2] … *

§ 2b * Anrechenbare Kosten in Heimen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

[1] Bei Personen, die in einem Heim leben, gelten grundsätzlich die Taxen als anrechenbare Heimkosten. *

[2] In der Behindertenhilfe entsprechen die Taxen den Kosten für die nicht personalen Leistungen gemäss § 19 des Gesetzes vom 29. September 2016[5)] über die Behindertenhilfe (BHG). *

§ 2c * Krankheits- und Behinderungskosten

[1] Der Regierungsrat legt fest:

a. die Vergütungen für die einzelnen Krankheits- und Behinderungskosten;

b. die Höchstbeträge für die zusätzlich zur jährlichen Ergänzungsleistung vergüteten Krankheits- und Behinderungskosten.

[2] Er orientiert sich bei der Festlegung der Vergütungen gemäss Abs. 1 Bst. a an einer wirtschaftlichen und zweckmässigen Leistungserbringung.

§ 3 * …

§ 4 * …

§ 5 * …

2 Organisation und Verfahren

§ 6 Durchführungsorgane und Verwaltungskosten

[1] Die Durchführung dieses Gesetzes wird mit Ausnahme der Gemeindezuständigkeiten an die Ausgleichskasse des Kantons Basel-Landschaft übertragen. Die sich daraus ergebenden Verwaltungskosten werden ihr aus der Staatskasse vergütet. Die Ausgleichskasse informiert die möglichen Anspruchsberechtigten durch regelmässige und gezielte Massnahmen. *

5) SGS 853

[2] Die Mitwirkung der Gemeindezweigstellen richtet sich sinngemäss nach der Gesetzgebung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Die Kosten, die den Gemeindezweigstellen aufgrund dieses Gesetzes erwachsen, gehen zulasten der Einwohnergemeinden.

[3] Die Ausgleichskasse meldet den Einwohnergemeinden die Daten, die diese für die Durchführung von § 2a[ter] benötigen. *

§ 7 Auskunfts- und Schweigepflicht

[1] Die Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden des Kantons und der Gemeinden, die Arbeitgeber und alle Stellen, die den Anspruchsberechtigten betreuen, sind verpflichtet, der kantonalen Ausgleichskasse und den Gemeindezweigstellen unentgeltlich die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die nötigen Unterlagen einzureichen.

[2] Wer für sich oder einen andern eine Ergänzungsleistung beansprucht, eine solche bezieht oder zur Gesuchseinreichung befugt ist, hat der kantonalen Ausgleichskasse alle Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen einzureichen, die zur Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich sind.

[3] Die mit der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe haben über ihre Wahrnehmungen Dritten gegenüber Verschwiegenheit zu bewahren.

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des standardisierten Übermittlungsverfahrens. *

§ 8 Pflicht zur Meldung von Änderungen

[1] Der Anspruchsberechtigte, sein gesetzlicher Vertreter oder die Person bzw. Behörde, welcher die Ergänzungsleistung ausbezahlt wird, hat der Gemeindezweigstelle zuhanden der kantonalen Ausgleichskasse oder dieser direkt von jeder Änderung der persönlichen und von jeder wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Anspruchsberechtigten unverzüglich Mitteilung zu machen.

§ 9 Buchführung

[1] Die kantonale Ausgleichskasse hat über die Ergänzungsleistungen gesondert Buch zu führen. Die Buchführung ist jährlich durch die externe Revisionsstelle der kantonalen Ausgleichskasse zu prüfen.

§ 10 Berichterstattung

[1] Die kantonale Ausgleichskasse erstattet über die Ergänzungsleistungen jährlich Bericht und legt die Jahresrechnung vor.

3 Rechtspflege

§ 11 * Einsprache

[1] Gegen Verfügungen der Ausgleichskasse Basel-Landschaft kann innerhalb von 30 Tagen bei dieser schriftlich oder bei persönlicher Vorsprache mündlich und begründet Einsprache erhoben werden; davon ausgenommen sind prozess- und verfahrensleitende Verfügungen.

§ 12 * Beschwerde

[1] Gegen Einspracheentscheide der Ausgleichskasse Basel-Landschaft und Verfügungen der Ausgleichskasse Basel-Landschaft, gegen welche eine Einsprache ausgeschlossen ist, kann innert 30 Tagen beim Kantonsgericht, Abteilung Sozialversicherungsrecht, schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

4 Finanzierung

§ 13 * Finanzierung

[1] Der auf den Kanton entfallende Anteil an den Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen wird wie folgt getragen:

a. * Die Einwohnergemeinden tragen die jährlichen Ergänzungsleistungen für AHV-Beziehende, die in Heimen leben und die vor Erreichen des AHV-Alters keine Ergänzungsleistungen bezogen haben, im Umfang desjenigen Anteils, der die jährlichen Ergänzungsleistungen für zu Hause lebende Personen übersteigt, abzüglich Rückerstattungen für entsprechende Leistungen;

b. der Kanton trägt die übrigen Ergänzungsleistungen.

[2] Der einzelne Gemeindeanteil richtet sich nach der Einwohnerzahl.

§ 13a * Betreutes Wohnen

[1] Solange in der Bundesgesetzgebung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung das betreute Wohnen nicht geregelt ist, kann die Gemeinde Beiträge an das betreute Wohnen leisten.

[2] Anspruchsberechtigt sind Beziehende von Ergänzungsleistungen sowie Personen, welche bei einem Eintritt in ein Alters- und Pflegeheim Anspruch auf Ergänzungsleistungen oder Zusatzbeiträge hätten.

[3] Die Gemeinde regelt die Voraussetzungen und den Umfang in einem Reglement. Sie orientiert sich dabei am Altersbetreuungs- und Pflegegesetz vom 16. November 2017[6)].

6) SGS 941

[4] Zuständig für die Prüfung der Anspruchsvoraussetzung und die Vergütung ist die Gemeinde.

5 Schlussbestimmungen

§ 14 * …

§ 15 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes werden das Gesetz vom 7. März 1966[7)] über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der Landratsbeschluss vom 2. November 1972[8)] betreffend die Erhöhung der Einkommensgrenzen und der Einkommensabzüge für die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung aufgehoben.

§ 16 Inkrafttreten, Verordnung

[1] Der Landrat bestimmt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.[9)]

[2] Der Regierungsrat erlässt die Verordnung zu diesem Gesetz. *

7) GS 23.286
8) GS 24.835
9) Durch LRB vom 4. Januar 1973 rückwirkend auf den 1. Januar 1973 in Kraft gesetzt; vom Bund am 30. Juli 1973 genehmigt.

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
15.02.1973	01.01.1973	Erlass	Erstfassung	GS 25.130
11.02.1999	01.01.1999	§ 4	aufgehoben	GS 34.305
11.02.1999	01.01.1999	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 34.305
11.02.1999	01.01.1999	§ 16 Abs. 2	geändert	GS 34.305
21.06.2007	01.01.2008	Ingress	geändert	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 1	totalrevidiert	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 1a	eingefügt	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 2	totalrevidiert	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 2a	eingefügt	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 2b	eingefügt	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 2c	eingefügt	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 3	aufgehoben	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 5	aufgehoben	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 11	totalrevidiert	GS 36.268
21.06.2007	01.01.2008	§ 12	totalrevidiert	GS 36.268
25.06.2009	01.01.2010	§ 13	totalrevidiert	GS 36.1180
25.06.2009	01.01.2010	§ 14	aufgehoben	GS 36.1180
09.12.2010	01.01.2011	§ 2a Abs. 2	geändert	GS 37.483
28.01.2016	01.01.2016	§ 13	totalrevidiert	GS 2016.003
28.01.2016	01.01.2016	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	GS 2016.003
29.09.2016	01.01.2017	§ 1a	Titel geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 1a Abs. 1	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 1a Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 1a Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 2b Abs. 1	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 2b Abs. 2	eingefügt	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2016.071
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a Abs. 1	geändert	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a Abs. 2	geändert	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a^{bis}	eingefügt	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a^{ter}	eingefügt	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a^{quater}	eingefügt	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 2a^{quinquies}	eingefügt	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	§ 6 Abs. 3	eingefügt	GS 2017.046
15.06.2017	01.01.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2017.046
03.12.2020	01.01.2021	§ 1 Abs. 1	geändert	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a Abs. 1	geändert	GS 2021.011

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{bis} Abs. 1	geändert	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{bis} Abs. 2	aufgehoben	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{ter}	Titel geändert	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{ter} Abs. 1	aufgehoben	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{ter} Abs. 2	geändert	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{ter} Abs. 3	aufgehoben	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 2a^{quinquies} Abs. 2	aufgehoben	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 7 Abs. 4	eingefügt	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	§ 13 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2021.011
03.12.2020	01.01.2021	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2021.011
01.12.2022	01.01.2024	§ 13a	eingefügt	GS 2023.037
01.12.2022	01.01.2024	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2023.037

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	15.02.1973	01.01.1973	Erstfassung	GS 25.130
Ingress	21.06.2007	01.01.2008	geändert	GS 36.268
§ 1	21.06.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 36.268
§ 1 Abs. 1	03.12.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.011
§ 1a	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.268
§ 1a	29.09.2016	01.01.2017	Titel geändert	GS 2016.071
§ 1a Abs. 1	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 1a Abs. 1, Bst. a.	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 1a Abs. 1, Bst. b.	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 2	21.06.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 36.268
§ 2a	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.268
§ 2a Abs. 1	15.06.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.046
§ 2a Abs. 1	03.12.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.011
§ 2a Abs. 2	09.12.2010	01.01.2011	geändert	GS 37.483
§ 2a Abs. 2	15.06.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.046
§ 2a^{bis}	15.06.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.046
§ 2a^{bis} Abs. 1	03.12.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.011
§ 2a^{bis} Abs. 2	03.12.2020	01.01.2021	aufgehoben	GS 2021.011
§ 2a^{ter}	15.06.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.046
§ 2a^{ter}	03.12.2020	01.01.2021	Titel geändert	GS 2021.011
§ 2a^{ter} Abs. 1	03.12.2020	01.01.2021	aufgehoben	GS 2021.011
§ 2a^{ter} Abs. 2	03.12.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.011
§ 2a^{ter} Abs. 3	03.12.2020	01.01.2021	aufgehoben	GS 2021.011
§ 2a^{quater}	15.06.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.046
§ 2a^{quinquies}	15.06.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.046
§ 2a^{quinquies} Abs. 2	03.12.2020	01.01.2021	aufgehoben	GS 2021.011
§ 2b	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.268
§ 2b Abs. 1	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 2b Abs. 2	29.09.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.071
§ 2c	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.268
§ 3	21.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 36.268
§ 4	11.02.1999	01.01.1999	aufgehoben	GS 34.305
§ 5	21.06.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 36.268
§ 6 Abs. 1	11.02.1999	01.01.1999	geändert	GS 34.305
§ 6 Abs. 1	15.06.2017	01.01.2018	geändert	GS 2017.046
§ 6 Abs. 3	15.06.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.046
§ 7 Abs. 4	03.12.2020	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.011
§ 11	21.06.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 36.268

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 12	21.06.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 36.268
§ 13	25.06.2009	01.01.2010	totalrevidiert	GS 36.1180
§ 13	28.01.2016	01.01.2016	totalrevidiert	GS 2016.003
§ 13 Abs. 1, Bst. a.	03.12.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.011
§ 13a	01.12.2022	01.01.2024	eingefügt	GS 2023.037
§ 14	25.06.2009	01.01.2010	aufgehoben	GS 36.1180
§ 16 Abs. 2	11.02.1999	01.01.1999	geändert	GS 34.305
Anhang 1	28.01.2016	01.01.2016	Name und Inhalt geändert	GS 2016.003
Anhang 1	29.09.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.071
Anhang 1	15.06.2017	01.01.2018	Inhalt geändert	GS 2017.046
Anhang 1	03.12.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2021.011
Anhang 1	01.12.2022	01.01.2024	Inhalt geändert	GS 2023.037

Erlasstitel	**Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV**
SGS-Nr.	833
GS-Nr.	25.130
Erlassdatum	15.02.1973 (1972/270, Neuordnung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der dazugehörigen Vollziehungsverordnung)
In Kraft seit	01.01.1973
> Übersicht Gesetzessammlung des Kantons BL	

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > Mehr

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Bemerkungen
01.12.2022	2023.037	01.01.2024	2022/386, Mietzinsbeitragsgesetz
03.12.2020	2021.011	01.01.2021	2020/409, Aufhebung EL-Obergrenze Kanton
15.06.2017	2017.046	01.01.2018	2016/167, Zusatzbeiträge wegen EL-Obergrenze
29.09.2016	2016.071	01.01.2017	2015/243, Behindertenhilfegesetz
28.01.2016	2016.003	01.01.2016	2015/329, Neuaufteilung Ergänzungsleistungen
09.12.2010	37.481	01.01.2011	2010/293, EG KVG, Umsetzung Pflegefinanzierung
25.06.2009	36.1180	01.01.2010	2009/078, Finanzausgleichsgesetz
21.06.2007	36.268	01.01.2008	2007/021, NFA-Gesetz
05.06.2003	34.1134	01.08.2003	2002/223, Änderung Finanzausgleichsgesetz
11.02.1999	34.305	01.01.1999	1998/229, Anpassung an Bundesrecht
23.06.1982	28.161	01.01.1983	1980/126, Konzept/Entwurf Aufgaben-/ Lastenverteilung Kanton-Gemeinden